

Felix Syrovatka

Der Aufstieg der Madame Le Pen Die Strategie der Front National im Europawahlkampf 2014

„Premier Parti de France“ stand auf den Plakaten, vor denen Marine Le Pen eine Pressekonferenz abhielt, nachdem bei den Europawahlen mehr als 24 Prozent der Franzosen ihr Kreuz bei der Front National (FN) gemacht hatten. „Stärkste Partei Frankreichs“ – niemals zuvor hatte der FN bei einer nationalen Wahl so einen überwältigenden Erfolg erzielt. Den Aufstieg der FN zur stärksten Partei Frankreichs zeigen auch die Ergebnisse in den Präsidentschaftswahlen (17,9%) und in den Parlamentswahlen, wo der FN das erste Mal seit den 1980er Jahren wieder zwei Abgeordnetenmandate erringen konnte.

Diese Entwicklung war insofern überraschend, als viele Kommentatoren nach dem schlechten Ergebnis bei den Präsidentschaftswahlen 2007 von der Entzauerung und dem Niedergang der rechtsradikalen Partei sprachen. Sieben Jahre später gehört der FN zum politischen Mainstream Frankreichs (Mayer 2012: 161). Mehr als 56 Prozent der Franzosen halten ihn inzwischen für „eine Partei wie jede andere auch“ und mehr als 45 Prozent könnten sich vorstellen, sich bei den nächsten Wahlen für ihn zu entscheiden (Le Figaro 2015). Diese Ergebnisse werfen die Frage auf, wie der Aufstieg des FN zu erklären ist. Wie konnte eine Partei innerhalb von sieben Jahren zur stärksten Partei Frankreichs aufsteigen, die die größten Chancen hat, im Jahr 2017 den Posten des französischen Präsidenten zu stellen (Endeweld 2015: 10). Der Artikel nähert sich diesen Fragen am Beispiel des Europawahlkampfes 2014 des FN und versucht dazu im ersten Schritt die Kontextbedingungen für den Wahlsieg zu benennen, während im zweiten Schritt die diskursive Strategie sowie das Wahlprogramm des FN analysiert wird.

Französische Vielfachkrisen

„Der neue kranke Mann Europas“ titelte im Januar 2014 die Wochenzeitung Die Zeit und spielte damit auf die Krise Frankreichs an: Im November 2014 lag die Arbeitslosenquote mit 10,5 Prozent auf einem neuen Höchststand, ebenso wie die Jugendarbeitslosenquote mit 24,9 Prozent (eurostat 2014). Die Anzahl befristeter Arbeitsverhältnissen an den Gesamtverhältnissen liegt derzeit bei 14,2

Prozent, wobei der Anteil bei Neueinstellungen im Jahr 2014 bei 84 Prozent lag (DARES 2014: 2). Gleichzeitig stagniert die französische Wirtschaft seit 2012 und wuchs in den letzten Jahren nur minimal um 0,7% (2013) bzw. 0,2% (2014) (eurostat 2015). In den Jahren zwischen 1996 und 2011 ist die Ungleichheit, gemessen am Gini-Koeffizienten, um knapp 10 Prozent gestiegen, wobei 8,7 Millionen Franzosen als relativ arm gelten (Ponceau/Houdré 2014). Alle diese wirtschaftlichen Kennzahlen sind Ausdruck einer strukturellen Krise.

Spätestens seit Beginn der 1990er Jahre erlebt das französische Regulationsmodell einen tiefgreifenden Wandel von einem staatlich dirigierten zu einem staatlich geförderten Kapitalismus (Berrebi-Hoffmann et al. 2009). Dieser Wandel ging mit einer starken Deindustrialisierung und Finanzialisierung des Landes einher. Frankreich ist heute hinter Luxemburg, Irland und Großbritannien eines der am stärksten finanzierten Länder der Welt und hat gleichzeitig mit einem massiven Rückgang seiner Industrie zu kämpfen (Jany-Catrice/Lallement 2013: 161f). So sind im letzten Jahrzehnt mehr als 750.000 Arbeitsplätze in der Industrie vernichtet worden, während der Anteil des produzierenden Gewerbes an der Gesamtwertschöpfung von 17,8 Prozent im Jahr 2000 auf nur noch 12,6 Prozent im Jahr 2011 sank (Schild 2013: 7).

Zwar traf die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise Frankreich, aufgrund der schwachen Exportorientierung und der eher binnenmarktzentrierten Akkumulationsstrategie vergleichsweise weniger stark als andere EU-Mitgliedsstaaten, jedoch verlor die französische Wirtschaft in der Krise, auch aufgrund struktureller Probleme, im internationalen Wettbewerb Marktanteile. Während die politischen Eliten des Landes zu Beginn der Krise die Stabilität des französischen Systems lobten und sich selbst mit einem antikapitalistischen Habitus gaben, veränderte sich der französische Krisendiskurs in der zweiten Phase der Krise mit der Einbettung der divergierenden nationalen Krisennarrativen in einen gemeinsamen Wettbewerbsdiskurs auf europäischer Ebene (Schmidt 2014: 191; Heinrich/Jessop 2013: 25). Stand zuvor die Krisenfestigkeit im Mittelpunkt der Diskussion, wurde nun öffentlich über die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft diskutiert, wobei sich die öffentliche Debatte auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit konzentrierte und sich das „deutsche Modell“ als Leitbild etablieren konnte (Thiériot 2014: 14). Fortan galten im öffentlichen Diskurs die hohen Lohnstückkosten sowie die relativ hohe Staatsverschuldung als Krisenursachen (Mondon 2012: 28ff.). Dynamik bekam diese Diskussion durch die verschiedenen Berichte von Expertenkommissionen, die die jeweiligen Regierungen in Auftrag gegeben hatten. Exemplarisch dafür stehen sowohl der unter Sarkozy in Auftrag gegebene Attali-Bericht mit seinen 316 Vorschlägen zur „Flexibilisierung Frankreichs“ (Attali 2008) als auch der Rapport Gallois, der zu Beginn der Amtszeit von Francois Hollande der französischen Wirtschaft einen

„Wettbewerbsschock“ (Gallois 2012: 22) empfahl. Beide Berichte stellten die Senkung der Arbeitskosten ins Zentrum ihrer Empfehlungen. Während Nicolas Sarkozy jedoch in seiner Amtszeit große politische Mühe hatte, Sparprogramme zu implementieren und oftmals am politischen Widerstand der Gewerkschaften und anderer Interessensgruppen scheiterte, ist es nun sein sozialistischer Nachfolger François Hollande, der ein Reformprogramm nach dem Vorbild der deutschen Agenda 2010 durchsetzt (Lux 2015). Seit der angebotspolitischen Wende verfolgt die sozialistische Regierung die Strategie, durch Steuer- und Abgabensenkungen sowie Flexibilisierungen des Arbeitsrechts die Lohnstückkosten zu verringern. Im Konkreten bedeutet dies u.a. eine Reduzierung der Steuer- und Abgabenlast für Unternehmen um insgesamt 40 Milliarden Euro (CICE und Pacté de responsabilité), die Lockerung des Kündigungsschutzes, Erleichterung der Sonntags- und Nacharbeit, Aufwertung der betrieblichen Ebene für die Aushandlung von Gehalts- und Arbeitszeitanpassungen sowie die Erhöhung der Rentenbeitragsjahre. Ebenfalls sollen im Zuge des EU-Defizitverfahrens allein zwischen 2015 und 2017 insgesamt 50 Milliarden Euro im öffentlichen Haushalt eingespart werden.

In der französischen Gesellschaft haben diese Reformvorhaben und Einschnitte zu einer starken Verunsicherung geführt. So glauben 87 Prozent der Franzosen heute, dass der soziale Abstieg jeden und jederzeit treffen kann (Europäische Kommission 2014: T155). Diese Auffassung wird auch durch die deutlich gewachsene Armut und prekäre Beschäftigung gestärkt, die seit der Wirtschaftskrise stärker in das Bewusstsein der Menschen gerückt ist. So ist Arbeitslosigkeit mit 56 Prozent die größte Sorge der Franzosen, vor der Angst steigender Steuern (43%) sowie die Zukunft der Rente (24%) (IPSOS 2014b: 6). Ebenfalls teilen 79 Prozent der Franzosen die Einschätzung, dass sich Frankreich kulturell und ökonomisch im Niedergang befindet (IPSOS 2015: 11). Die Wirtschaftskrise und ihre sozialen Folgen sind damit heute in der französischen Gesellschaft allgegenwärtig.

Neben der ökonomischen Krise hat sich in Frankreich eine tiefe Repräsentationskrise entwickelt. Diese äußert sich in den Umfrageergebnissen für die Regierung Hollande derzeit besonders deutlich. Mit François Hollande wurde nach 19 Jahren wieder ein sozialistischer Präsident gewählt, mit dem die Hoffnungen auf mehr soziale Gerechtigkeit und auf eine Verminderung der Arbeitslosigkeit verbunden waren. Hollande erfüllte diese Erwartungen nicht. Vielmehr führt er die Reformpolitik von Nicolas Sarkozy weiter. Die angebotspolitische Korrektur der wirtschaftspolitischen Positionen Hollandes schon kurz nach seiner Wahl und die Angleichung an diejenigen seines Vorgängers führten nicht nur zu einer Entfremdung vieler WählerInnen von der Sozialistischen Partei (Parti Socialiste, PS), sondern auch zu einer Abkehr vom politischen System Frankreichs. Im Juli 2014 bewerteten 75 Prozent der Franzosen die Politik des Präsidenten als

schlecht. Das sind die niedrigsten Zustimmungswerte in der Geschichte der V. Republik. In der Liste der 20 beliebtesten PolitikerInnen Frankreichs taucht François Hollande nicht einmal auf (IPSOS 2014c: 3, 5, 6). Außerdem gaben in einer Umfrage vom April 2015 76 Prozent der Befragten an, das demokratische System in Frankreich funktioniere sehr schlecht und repräsentiere ihre Interessen nicht (IPSOS 2015: 24). So stimmte eine deutliche Mehrheit von 86 Prozent der Aussage zu, dass es den PolitikerInnen egal sei, was die Bevölkerung denkt (ebd.). Diese Aussagen finden vor allem bei Arbeitslosen (83% und 90%) sowie ähnlich stark in der klassischen Arbeiterschaft (72% und 88%) Zustimmung (ebd.: 26f.). Die Entwicklung der Auffassung, sich durch das bestehende politische System nicht vertreten zu sehen, hatte vor allem im Jahr 2014, in dem Hollande ein umfangreiches Reformprogramm ankündigte, stark zugenommen (+6%), vor allem bei den Anhängern der regierenden PS (+11%).

Der Zwiespalt zwischen Regierenden und Regierten weist auf fundamentale Inkohärenzen des Blocks an der Macht hin, was „die Widersprüche zwischen diesem und den beherrschten Massen“ (Poulantzas 1978: 154) weiter verschärft und sich als „Vertrauensverlust“ gegenüber dem demokratischen System äußert. Damit kann in Frankreich von einer Krise des politischen Systems gesprochen werden, die durch die ökonomische Krise begünstigt wird (Gramsci 1929-35: 870; 1040).

Dieses Auseinanderklaffen zwischen Regierenden und Regierten zeigt sich am stärksten in der Frage der europäischen Integration. Während die politischen Eliten vor allem zu Beginn der 1990er Jahre die europäische Integration vorantrieben und auch heute noch Frankreich als wichtigsten Motor der Europäischen Union betrachten, wird sie von der französischen Bevölkerung zunehmend abgelehnt, in erster Linie als Verursacher der nationalen Probleme und weniger als eine mögliche Lösung gesehen (Grunberg 2014: 79f). Nur noch 14 Prozent sprechen sich für weitere Integrationschritte aus, während sich 72 Prozent der französischen Bevölkerung für eine Beschneidung der EU zugunsten einer größeren Entscheidungskompetenz des französischen Nationalstaates aussprechen (IPSOS 2015: 39).

Dazu kommt, dass die in den letzten Jahren geführte Diskussion über die französische Identität und ihre Spezifika zu einem Wandel der französischen Gesellschaft geführt hat. Während 2007 insgesamt 92 Prozent sowie in einer Studie von 2014, 91 Prozent der Befragten angaben, dass die katholische Kirche mit der französischen Identität vereinbar sei, scheint die Toleranz gegenüber der zweitgrößten Religionsgemeinschaft (ca. 8,5% der Gesamtbevölkerung) in Frankreich immer prekärer zu werden: Hielten 2007 noch 68 Prozent der Befragten den Islam für kompatibel mit der französischen Identität, so sind es derzeit nur noch 37 Prozent. 63 Prozent stufen den Islam dagegen als in-

kompatibel mit der französischen Nationalität ein (Merlant 2007: 41; IPSOS 2014b: 92). Ein Hauptgrund für diese veränderte Wahrnehmung ist vor allem die verstärkte negative Thematisierung des Islams in der französischen Politik und in den Medien (Mondon 2014: 308). Schon im Präsidentschaftswahlkampf 2007 hatte Sarkozy den Islam und die islamische Bevölkerung zum Thema in seinem Wahlkampf gemacht. Er stellte den Islam als Gegenpol der französischen Identität dar und behauptete, Frankreich beruhe auf christlichen, und nicht auf islamischen Wurzeln (Sarkozy 2007). In seiner Konzeption einer „identité nationale“, welche das Hauptthema seines Wahlkampfes 2007 darstellte, wurde eine mögliche Integration des Islams mit keinem Wort erwähnt (Mondon 2012: 34). Im Gegensatz dazu ließ der Parteisprecher der konservativen Union pour un mouvement populaire (UMP), Dominique Paillé, in der landesweiten Debatte um die französische Identität zwei Jahre später verlauten, dass es im laizistischen Frankreich zwar keine Staatsreligion gebe, aber: „manche Religionen waren schon vor dem Aufkommen der Republik da, während andere hingegen erst später kamen“ (Paillé zit. n. Schmid 2010: 26) und diese müssten sich somit an das christlich geprägte Frankreich anpassen.

Vor allem aber im Präsidentschaftswahlkampf 2012 wurde der Islam das vorrangige Ziel der französischen Rechten von UMP und FN. Während Marine Le Pen den Islam als „grünen Faschismus“ bezeichnete und die muslimischen Straßenprediger mit der Besetzung Frankreichs durch Nazi-Deutschland verglich, war es Nicolas Sarkozy, der die muslimische Bevölkerung angriff und Forderungen von Le Pen aufgriff (Godin 2013: 59). Nachdem in Toulouse der muslimische Attentäter Mohamed Merah im März 2012 mehrere Menschen – vor allem jüdische Religionsangehörige – auf offener Straße erschossen hatte, waren es zuallererst Le Pen und Sarkozy, die auf diese traumatischen Morde reagierten. Für beide war der Attentäter kein Einzeltäter, sondern stellte ein Symbol für eine gescheiterte und viel zu nachlässige Integrationspolitik dar (Mondon 2014: 310). Daher erklärte Sarkozy im April 2012 in einer offenen „lettre au peuple français“, Einwanderer müssten die nationalen Werte akzeptieren und sich anpassen, ansonsten sollten sie das Land verlassen (Sarkozy 2012: 9). Und auch nach den terroristischen Attentaten auf die Satirezeitung Charlie Hebdo und einen koscheren Supermarkt reagierten sowohl Sarkozy als auch Le Pen mit islamophoben Äußerungen. Während die FN den „Opfern des islamischen Terrorismus“ gedachte und das Verbot aller Koranschulen forderte, sprach der im Januar frisch wiedergewählte UMP-Vorsitzende Sarkozy von „Kampf der Kulturen“, womit er ganz bewusst auf das Buch des rechten Politikwissenschaftler Samuel Huntington anspielte.

Durch diesen politischen Diskurs haben sich viele Vorurteile und Verknüpfungen im Alltagsverständnis der Menschen festgesetzt. Die beiden gebräuchlichsten Stereotype, nämlich die Omnipräsenz und die Omnipotenz der Muslime

in der französischen Gesellschaft, spiegeln sich denn auch in der allgemeinen Stimmung gegenüber Muslimen wider. So wird der Islam in der französischen Wahrnehmung vor allem mit den Begriffen wie „Ablehnung westlicher Werte“ (28%), Fanatismus (19%), Unterwerfung der westlichen Welt (18%) und „Gewalt“ (8%) verbunden (IFOP 2012: 13). Insgesamt herrscht das Bild vor, Muslime seien sehr schlecht (67%) in die französische Gesellschaft integriert, was daran liege, dass sie sich dieser verweigerten (68%) (ebd.: 8f.). Hierin zeigt sich vor allem die Verknüpfung zwischen Integration und innerer Sicherheit, die durch die Morde in Toulouse sowie den Terroranschlag auf die französische Satirezeitung Charlie Hebdo noch stärker in der öffentlichen Debatte hervortritt. Der Islam wird als Gegensatz zur nationalen Identität und den mit ihr verbundenen republikanischen Werten (Laizität) konstruiert und von einer Vielzahl der Franzosen als Bedrohung für den Zusammenhalt der Gesellschaft betrachtet (Gnade 2012: 1).

Neben der politischen und ökonomischen Krise scheint sich eine grundlegende kulturelle und ideologische Krise zu entwickeln. So kann von einer Krise des französischen Gleichheitsgrundsatzes gesprochen werden, der seit der Französischen Revolution von 1789 fest mit der französischen Identität verbunden ist. Der Bezug auf „liberté, égalité et fraternité“, der allen Menschen gewährt werden sollte, wird gerade in Bezug auf den Islam und die Roma immer prekärer.

Hegemoniekrise in Frankreich

Der Aufstieg des FN fand somit vor einem Hintergrund statt, der wohl sehr treffend mit dem Begriff der Hegemoniekrise von Antonio Gramsci beschrieben werden kann. Mit diesem fasst er die Aggregation von ökonomischer, politischer und ideologischer Krise, welche sich gegenseitig beeinflussen und bedingen. Diese Zeit, in der „das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“ (Gramsci 1929-35: 354) nennt Gramsci die „Zeit der Monster“ (Zizek 2011), in der sich ein „Zwiespalt zwischen Repräsentierten und Repräsentanten“ (Gramsci 1929-35: 553) eröffnet. Eine solche organische Krise gibt vor allem „Männern der Vorsehung oder Charismatikern“ (ebd.: 553), welche die „Demagogie [...] als ausgezeichnete Waffe“ (ebd.: 121) einsetzen, einen Raum, um sich zu etablieren. Dass gerade in einer solchen organischen Krise die Nation und die nationale Identität eine stärkere Betonung im öffentlichen Diskurs findet, ist mit der Funktion des Konstrukts der Nation als „ideologischem Kitt“ zu verstehen, stellt dieses doch eine zentrale Bearbeitungsform der gesellschaftlichen Ungleichheiten in kapitalistischen Gesellschaftsformationen dar (Kannankulam/Mohan 2009: 48). Die Ideologie der Nation konstruiert dabei ein begrenztes Kollektiv mit gemeinsamen Eigenschaften und Werten, deren

Wahrung von denjenigen, die sich mit der Nation identifizieren, als höherer Wert angesehen wird als die Überwindung der faktischen Ungleichheiten, und zugleich begründet sie die Besonderheit des 'eigenen' Staatswesens gegenüber anderen" (ebd.: 48).

Gerade in organischen Krisen ist immer wieder ein Rückgriff auf die Nation zu beobachten. So war die erste historische Hochzeit des Nationalismus auch mit der ersten großen Krise des Kapitalismus (1870-1890) verbunden. Im spezifischen französischen Fall wird mit der nationalen Identität eine Äquivalenzkette (vgl. Laclau/Mouffe 2006) konstruiert, die auf der Besonderheit der französischen Sprache und auf den Symbolen und Errungenschaften der französischen Republik beruht (CSA 2009: 6). Zunehmend wird diese Äquivalenzkette mit der Vorstellung der heterosexuellen Ehe und dem christlichen „Erbe“ ergänzt. Gerade in Krisenzeiten ist im laizistischen Frankreich zu beobachten, dass das „religiöse Band, in normalen Zeiten gelockert, kräftiger und aufnahmefähiger wird [...], wenn die Zukunft voll von Sturmwolken erscheint“ (Gramsci 1929-35: 124). So war dies in der Parlamentskrise von 1919, ebenso in der Schulkrise von 1983 und ist nun in der aktuellen Hegemoniekrise zu beobachten. Dies hat nun jedoch zur Folge, dass Homosexuelle, Muslime und Roma nicht als „richtige Franzosen“ gelten und Diskriminierungen ausgesetzt sind. So eignen sich diese Gruppen besonders gut, die eigene Homogenität der Gruppe zu unterstreichen, sie als Gefahr für deren Zusammenhalt zu betrachten und sie als „Sündenböcke“ und Schuldige für den Niedergang Frankreichs zu lokalisieren.

Den Boden dafür bereitete nicht zuletzt die konservative UMP, welche mit ihrer neo-rassistischen Politik dazu beigetragen hat, dass es nicht nur zu einer Neudefinition der französischen Identität, sondern auch dazu kam, dass Homophobie, Islamhass und Antiziganismus im öffentlichen Diskurs in Frankreich salonfähig geworden sind (Mondon 2012: 32). Mit Sarkozy hatte sich 2007 der rechte Flügel der UMP durchgesetzt, deren Ziel es war, die WählerInnen des sich 2007 im Niedergang scheinenden FN zu binden und sich als einzige rechte Kraft in Frankreich zu etablieren. In diese Strategie lassen sich daher die Debatte über die nationale Identität, die massiven Räumungen und Abschiebungen von Roma, das Burkaverbot oder auch Sarkozys Anti-Establishment-Rhetorik im Wahlkampf verorten. Zwar war diese Strategie bei der Präsidentschaftswahl 2007 erfolgreich – immerhin konnte Sarkozy tief in die Stammwählerschaft des FN vordringen –, doch erwies sich diese Politik für die UMP spätestens im Wahlkampf 2012 als problematisch. Damals wechselten 20 Prozent der einstigen Sarkozy-WählerInnen von 2007 in das Lager des FN und machten ihr Kreuz bei Marine Le Pen (Fourquet/Philippot 2011: 47ff). Im zweiten Wahlgang verweigerten sogar fast die Hälfte (49%) der FN-WählerInnen Sarkozy die Gefolgschaft, was dessen Niederlage besiegelte und deutlich machte, dass die UMP in Stichwahlen auf die Stimmen der FN-WählerInnen angewiesen war.

Der Front National unter Marine Le Pen

Der FN befand sich nach dem politischen Erdbeben 2002 in einem Niedergang. Die Partei war politisch isoliert und programmatisch erstarrt. Dies änderte sich mit der Wahl von Marine Le Pen zur Parteivorsitzenden. Die jüngste Tochter des langjährigen Vorsitzenden und Parteigründers Jean-Marie Le Pen hatte sich schon relativ früh als Nachfolgerin ihres Vaters in Stellung gebracht. Seit 2003 war sie stellvertretende Vorsitzende und eine der acht Vizepräsidenten des FN. Mit 10,2 Prozent der Stimmen in ihrem Wahlkreis Île de France konnte sie bei der für den FN allgemein enttäuschenden Europawahl 2009 das beste Ergebnis (6,3%) der Partei erringen. Damit empfahl sie sich für den Parteitag von Tours im Januar 2011, wo sie sich in einer Mitgliederbefragung gegen den langjährigen Chefideologen des FN Bruno Gollnisch durchsetzen konnte. Mit Marine Le Pen als Vorsitzende ging es wieder bergauf mit der Partei, was zum einen an ihrer Entdiabolisierungsstrategie, aber auch mit ihrer Person selbst zu tun hatte. Anders als Bruno Gollnisch, der wegen der öffentlichen Leugnung des Holocausts selbst vor Gericht stand, symbolisiert Marine Le Pen in der Öffentlichkeit einen Bruch mit der antisemitischen Tradition und die Modernisierung der Partei. Ihren ersten Erfolg konnte sie bei den Kantonwahlen im März 2011 feiern, wo der FN landesweit 15 Prozent der Stimmen holen konnte.

Vollkommen im politischen System Frankreichs etablierte sich Marine Le Pen im Präsidentschaftwahlkampf 2012, als sie den amtierenden Präsidenten und Kandidaten der konservativen UMP vor sich hertreiben konnte und Agenda Setting im öffentlichen Diskurs betrieb (Mondon 2014). Mit der Behauptung, alles Fleisch, das im Großraum Paris produziert wird, sei rituell geschlachtetes Halal-Fleisch, das ohne Wissen der Verbraucher in den Handel komme, entfachte sie eine große Debatte über die Sitten des Islams und die Konsequenzen der Einwanderung für die französische Identität. In der Folge erklärte Nicolas Sarkozy, die größte Sorge der Franzosen sei das Halal-Fleisch. Sein Innenminister warnte öffentlich davor, dass mit dem Ausländerwahlrecht, das alle anderen Parteien außer die UMP und der FN im Wahlkampf forderten, Kinder gezwungen werden könnten, Halal-Fleisch zu essen (Gnade 2012: 2). Auch sah sich Sarkozy in der Frage der Laizität gezwungen zu reagieren, was Le Pen zu einer Frage der christlichen Wurzeln Frankreichs umdeutete (Barthélemy/Michelat 2007: 690). Mit seinem Prinzip der „positiven Laizität“ knüpfte Sarkozy an den Diskurs von Le Pen an und sprach von den christlichen Wurzeln Frankreichs, die gegen den Kommunitarismus verteidigt werden müssten. Ähnliches zeigte sich in der Frage der Einwanderungspolitik und der Europäischen Union, in der sich Sarkozy dafür aussprach, die Sicherung der Grenzen zu einem Hauptthema zu machen und auch die legale Einwanderung langfristig zu reduzieren, nachdem Le Pen

gefordert hatte, wieder Grenzkontrollen einzuführen (Mondon 2014: 305). In Brüssel war bereits, wie *Le Monde* schrieb, die Rede vom „l'effet Marine Le Pen“ – vom „Marine-Le-Pen-Effekt“ (Mestre 2012) und das *Wall Street Journal* (2012) betitelte einen Artikel über den Wahlkampf Sarkozys mit „Nicolas Le Pen“. Diese teilweise sehr offensichtliche Überlegenheit Le Pens im Präsidentschaftswahlkampf gegenüber Sarkozy sowie ihr Einfluss auf die französische Politik spiegeln sich dann auch im Wahlergebnis wider. Die französischen WählerInnen entschieden sich am Wahlabend für das „Original“ (Mondon 2014: 303). Mit 17,9 Prozent erreichte Marine Le Pen das beste Ergebnis für den FN bei einer Präsidentschaftswahl und schnitt dabei sogar besser ab als Jean-Marie Le Pen bei seinem Einzug in die zweite Runde 2002, der damals 14,5 Prozent erreichte. Auch bei den Parlamentswahlen konnte der FN durch den Einzug zweier Abgeordneter einen, wenn auch nur symbolischen, Sieg erringen. Mit 13,6 Prozent erreichte der FN nicht ganz sein Spitzenergebnis von 1997, jedoch gelangte mit der Wahl Marion Maréchal-Le Pen, die Enkelin von Jean-Marie und Nichte von Marine Le Pen, ebenfalls in den Fokus der Öffentlichkeit und konnte sich damit, neben ihrem Großvater und ihrer Tante, als dritter „Medienstar“ des FN etablieren.

Der nächste Paukenschlag gelang Marine Le Pen bei den Kommunalwahlen im März 2014. Dort erreichte der FN in 328 Kommunen die Stichwahl, wobei er in 21 Kommunen in der ersten Runde auf Platz eins lag. Auf Anhieb gelang ihm im nordfranzösischen Hénin-Beaumont der Einzug in das Rathaus, in dem der FN-Generalsekretär Steeve Briois nun den Bürgermeisterposten bekleidet. Insgesamt stellt der FN inzwischen elf BürgermeisterInnen. Im September 2014 konnte der FN erstmals zwei Senatssitze bei den Wahlen zum französischen Oberhaus erringen.

Diese Erfolge des FN auf kommunaler und auch auf nationaler Ebene liegen vor allem daran, dass die UMP nach ihrer Wahlniederlage bei den Präsidentschaftswahlen 2012 die seit 2002 bestehende „republikanische Front“, d.h. Absprachen zwischen den beiden großen Parteien bei Stichwahlen, aufgekündigt hat. Zusammen mit dem Mehrheitswahlrecht führte dies dazu, dass FN-Kandidaten in Stichwahlen selten eine Chance hatten. So war der FN zwischen 2002 und 2012 gar nicht in der Nationalversammlung vertreten und errang auch auf kommunaler Ebene selten öffentliche Ämter.

Doch mit dem Wahlsieg Hollandes und dem Rücktritt Sarkozys als Parteivorsitzendem versank die UMP in Skandalen und in einem Richtungsstreit über die weitere Strategie und den Umgang mit dem FN. Während die liberalen Strömungen der rechten Einheitspartei sich in Flügelkämpfen um die Sarkozy-Nachfolge verstrickten, konnte der rechtsnationalistische Flügel um Guillaume Peltier soviel Druck entwickeln, dass schon bei den Parlamentswahlen 2012 der „republikanische Pakt“ aufgekündigt wurde und seitdem von hohen Funktionären immer

wieder Überlegungen aufgeworfen werden, im Falle einer aussichtsreichen FN-Kandidatur diesen gegen den PS zu unterstützen. Und auch inhaltlich hat sich die UMP seitdem weiter den Positionen des FN angenähert. Die UMP weiß mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen von 2017, dass sie, wenn sie dann wieder einen Präsidenten stellen will, WählerInnen des FN zurückgewinnen muss. So ist die überraschende Wiederwahl von Nicolas Sarkozy zum Parteivorsitzenden nur ein Beleg dafür, dass diese inhaltliche wie auch strategische Annäherung an den FN auch nach dem vorläufigen Ende der Flügelkämpfe in der UMP weiterverfolgt wird. Während der FN im politischen System Frankreichs in der Vergangenheit eher zur Festigung des Zweiparteiensystems geführt hatte, da seine mögliche Wahl zu einer verstärkten Zusammenarbeit der beiden großen Parteien führte, scheinen sich nun die Krise der UMP und der Aufstieg des FN gegenseitig zu verstärken und das Zweiparteiensystem in Frankreich trotz des Mehrheitswahlrechts in Frage zu stellen. So verfolgt der FN seit der Wahlniederlage Sarkozys von 2012 die Linie, die Brüche innerhalb der UMP zu verstärken und ein Auseinanderbrechen der rechten Einheitspartei mit dem Ziel zu provozieren, bei einer zukünftigen Konfiguration der französischen Rechten die führende Rolle zu spielen.

Programmatische Verschiebungen durch Marine Le Pen

Programmatisch hat Marine Le Pen jedoch nur wenig geändert und Altes hauptsächlich nur neu verpackt. Während die Hauptpunkte des heutigen Programms mit dem früheren Programm unter Jean-Marie Le Pen identisch sind, hat sich die Partei unter ihrer Führung hauptsächlich in der Wortwahl verändert. Rechtsradikale Formulierungen wurden abgeschwächt und explizit antisemitische Inhalte aus dem Programm entfernt. So wurde aus der „*préférence nationale*“ die „*priorité nationale*“, was unterschiedliche Begriffe für dasselbe rassistische Politikkonzept der einseitigen Bevorzugung von gebürtigen Franzosen darstellt. Ebenso spricht Marine Le Pen nicht mehr von der „Umkehrung der Migrantenströme“, sondern vielmehr von der Reduzierung der Einwanderung in Frankreich, womit sie eine radikale Senkung der legalen Einwanderung von rund „200.000 auf 10.000“ (Le Pen 2013: 77) Einwanderer pro Jahr propagiert. Geändert haben sich hauptsächlich die wirtschaftspolitischen Leitlinien, wobei Marine Le Pen viele linke Positionen übernimmt, diese jedoch strikt völkisch denkt. Anstelle einer Anhebung des Renteneintrittsalters auf 62 Jahre wird eine schrittweise Reduzierung desselben auf 60 Jahre vertreten (Front National 2014b: 81). Auch fordert sie die Verstaatlichung der Banken, die in Schwierigkeiten geraten sind (ebd.: 7), sowie die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 46 Prozent (ebd.: 41) oder die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (ebd.: 73). Während Jean-Marie Le

Pen das Wirtschaftsmodell der Planification in den Anfangsjahren des FN noch verteuflte, möchte Marine Le Pen diese nun in Teilen wieder einführen (ebd.: 42). Neben der diskursiven Distanzierung vom Antisemitismus ist hier auch der größte Bruch zu ihrem Vater zu erkennen. Während sich dieser wirtschaftspolitisch in einer Reihe mit Margret Thatcher und Roland Reagan sah, schimpft der FN nun gegen die „neoliberale Ideologie und Globalisierung“ (ebd.: 60) und fordert einen neuen Protektionismus. Auch stuft sich der FN unter Marine Le Pen selbst nicht mehr als rechtspopulistische oder rechtsradikale Partei ein, sondern nahm einen Vorschlag der Nouvelle Droite aus dem Jahr 1994 auf, welcher die Partei als „ni droite ni gauche“ („Nicht links – nicht rechts“) bezeichnete (Schmid 1998: 207). Analog dazu verkündet sie in ihrem Buch *Pour que vive la France*: „Der Unterschied zwischen links und rechts existiert nicht mehr“ (Le Pen 2012).

In diesem Buch wird auch deutlich, wie machtstrategisch Marine Le Pen das Politische denkt und in der Öffentlichkeit präsentiert. Systematisch verpackt sie ihr rechtes Gedankengut in eine sozialdemokratische oder sozialistische Rhetorik und verknüpft geschickt soziale Themen mit rassistischen Ideen (Dupin 2012). So kritisiert sie die Globalisierung als „Allianz von Konsum und Materialismus“, um dann das Hauptproblem der Globalisierung in der „massiven Immigration“ (Le Pen 2012: 27, 82) zu entdecken und noch ein paar Seiten weiter einen ethnisch-nationalen Protektionismus zu entwerfen (ebd.: 209ff.). Diese Strategie, Positionen und intellektuelle Versatzstücke aus ihrer Denktradition herauszureißen, „umzudrehen und in ihren eigenen Diskurs“ (Schmid 2009: Klappentext) einzubauen, übernahm Le Pen von der Nouvelle Droite, welche die Partei bis zur Spaltung 1998 ideologisch dominiert hatte. Le Pen prangert sozialer Ungerechtigkeit an und schafft es derart, eine breite Öffentlichkeit anzusprechen, rassistische Diskurse zu etablieren und sich auch für WählerInnen der Linken zu öffnen. Viele scheinbar linke Forderungen erweisen sich jedoch bei näherem Hinsehen als Mogelpackungen. So fordert der FN etwa einen starken Staat und die Rücknahme der 2007 begonnenen, sehr unpopulären Reformen und Stellenstreichungen in der öffentlichen Verwaltung, um ein paar Seiten weiter „einen verbindlichen Plan“ von allen Gebietskörperschaften zur effektiven Reduzierung von Ausgaben der Gebietskörperschaften einzufordern (ebd.: 9). Ein anderes Beispiel ist die Forderung nach einer Anhebung des Mindestlohnes und der Nettolöhne, was durch eine Steuer auf Importe gegenfinanziert werden soll. Das Programm sieht jedoch gleichzeitig eine Senkung der Sozialabgaben für Unternehmen in gleicher Höhe vor, womit die Einkommensverhältnisse nicht berührt, sondern vielmehr die Unternehmen entlastet werden (ebd.: 73). Darüber hinaus fordert der FN eine Reform der Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen sowie starke Einschränkungen des Streikrechts (ebd.: 67). Hier zeigt sich der Spagat, auf der einen Seite neue Wählerschichten zu erschließen, und auf

der anderen Seite die eigene Stammwählerschaft nicht zu verprellen, die nach wie vor hauptsächlich aus KleinunternehmerInnen, Landwirten und RentnerInnen besteht (Gauthier 2012: 155). Auch dieses Vorgehen hat sie von der Nouvelle Droite entliehen, die es vermochte, so Schmid (2009: 46), „ihren konkreten Diskurs zu gesellschaftlichen Einzelfragen flexibel anzupassen, je nachdem, in welchem gesellschaftlichen Milieu und in welcher historischen Periode sie um Einfluss“ geworben hat.

Ähnlich wie die Nouvelle Droite scheint auch Le Pen den Ansatz eines „Gramscianismus von rechts“ zu verfolgen. Dieser eignete sich die Grundüberlegungen des italienischen Marxisten Antonio Gramsci an und wendete sie rechts – etwa den Begriff der Hegemonie. Hegemonie bedeutet für Gramsci eine spezifische Art der Herrschaftsausübung, welche weniger auf Gewalt, als auf der Kunst beruht, die Beherrschten von ihrer eigenen Unterdrückung zu überzeugen (Syrovatka 2013: 55). Die Antwort auf die Frage, wer also Herrschaft in einer Gesellschaft ausüben kann, beruht dabei nicht mehr nur allein auf ökonomischen Faktoren, sondern auch auf der Fähigkeit Begriffe zu besetzen, Diskurse zu dominieren, Deutungsmuster zu prägen und die eigenen Vorstellungen im „Alltagsverstand“ zu verankern. Diese Strategie verfolgt Marine Le Pen insofern, als dass sie versucht „leere Signifikanten“ wie bspw. den Begriff „Laizität“ zu besetzen und neu zu füllen, ebenso Verknüpfungen schon bestehender Äquivalenzketten mithilfe der „Logik der Äquivalenz“ zu verändern, sowie bestimmte Identitäten – bspw. Muslime – mit der „Logik der Differenz“ auszuschließen.¹ Gleichzeitig ist die soziale Rhetorik nicht nur als diskursive Strategie zu verstehen, sondern auch als eine materielle Strategie von Zugeständnissen zur Einbindung breiter Teile der Arbeiterschaft. Mit Blick auf die Wahlanalysen scheint diese Strategie derzeit aufzugehen.

Versteht man Parteien mit Gramsci (1929-35: 1774) als Teil und Ausdruck eines spezifischen gesellschaftlichen Blocks, so artikulieren sich in den Positionen des FN die Interessen jenes Teils des Kapitals, dessen Reproduktion hauptsächlich

1 Die beiden Logiken können innerhalb des Prozesses der Konstituierung von Identitäten durch ein Außen unterschieden werden. Die Logik der Differenz charakterisiert jeglichen Diskurs, da jeder Diskurs aus verschiedenen Differenzen besteht. So existieren beispielsweise innerhalb der liberalen Demokratie viele verschiedene Interessengruppen, die gegeneinander, nebeneinander oder miteinander bestehen und dabei verschiedene unterschiedliche Fraktionierungen ergeben, wie bspw. die Differenzen zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen oder einfach zwischen Mann und Frau. In der Logik der Äquivalenz werden diese verschiedenen Differenzen von einer übergreifenden Identifizierung überformt, wobei sich diese übergreifende Identifizierung nur konstituieren kann, wenn sie sich von einem radikalen Außen abgrenzt, also sich in einer Freund-Feind-Beziehung, d.h. in eine antagonistische Beziehung konstituiert.

im nationalen Raum stattfindet und vor allem auf den Binnenmarkt orientiert ist. Dies sind in Frankreich vor allem das traditionelle Kleinbürgertum aus Handwerkern und Selbständigen sowie viele kleine Unternehmen des nichtmonopolistischen Kapitals, welche durch die Transnationalisierung der Produktion seit den 1970er Jahren unter starkem Konkurrenzdruck des europäischen und internationalen Marktes geraten und durch die derzeitige ökonomische Krise stark verunsichert sind (Poulantzas 1974: 163ff.). Diese auf den nationalen Binnenmarkt orientierten und regional organisierten Kapitalfraktionen wurden durch die Liberalisierungs- und Deregulierungsprogramme der EU in den vergangenen Jahren geschwächt und sehen sich in ihrer Existenz bedroht (Paranque 2014). Ihre ökonomische Basis äußert sich inhaltlich vor allem in der Binnenmarktzentrierung, der Gewerkschaftsfeindlichkeit und der Forderung nach einem nationalen Protektionismus. So sollen etwa nationale kleine und mittlere Unternehmen vom Staat vor der Konkurrenz durch ausländische Unternehmen geschützt und unterstützt werden (Front National 2014b: 64f).

„Premier Parti de France“ – Der FN im Europawahlkampf 2014

Der FN ist ohne ein spezielles Wahlprogramm in den Europawahlkampf 2014 gegangen. Vielmehr hat er die Punkte zur EU und zur Globalisierung aus seinem nationalen Parteiprogramm übernommen und als Forderungen für den Europawahlkampf verwendet. Dies kann zugleich als Ausdruck dafür interpretiert werden, welchen Wert er den Européennes 2014 im Vergleich zu den nationalen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen beimisst.

Insgesamt formuliert der FN mit dem Schengener Abkommen, dem Euro sowie dem „eurokratischen Superstaat“ (Front National 2014b: 47ff.) drei große Kritikpunkte. Unter der Überschrift Europa ohne die Menschen (ebd.: 47) wird vor allem das Demokratiedefizit der EU und ihrer Institutionen, einschließlich der EZB, kritisiert. Den letzten demokratischen Anschein habe die EU spätestens 2005 verloren, als die Bevölkerungen von Frankreich, von Irland und der Niederlande gegen den EU-Verfassungsvertrag gestimmt hatten, dieser jedoch in Form des Lissabon-Vertrags trotzdem verabschiedet wurde (ebd.: 48). Im darauffolgenden Abschnitt unter dem Titel Europa gegen die Menschen (ebd.: 47) wird auf die ökonomische Entwicklung der EU sowie auf ihre aktuelle Krise Bezug genommen. Dabei wird argumentiert, dass der Prozess der Europäischen Integration von Anfang an der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa geschadet habe. So habe die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) „die europäische Stahlindustrie getötet“, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) die Landwirte verarmen lassen und der Euro sowie die Öffnung der Grenzen hätten

zu einem unlauteren Wettbewerb und vor allem in Frankreich zu einer Zerstörung von Millionen von Arbeitsplätzen in der Industrie geführt (ebd.). Um trotzdem den Lebensstandard der Menschen halten zu können, hätten sich die Länder verschulden müssen, wodurch sie nun massiv in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt seien. Die Konzeption der Europäischen Zentralbank (EZB) als politisch unabhängige Institution sowie das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB würden diese Schulden teuer und somit erst zu einem wirklichen Problem werden lassen. Außerdem kritisiert der FN, dass es der EZB verboten ist, Staaten Kredite zu geben, nicht aber Banken, die wiederum das billige Geld der EZB teuer an die Staaten verleihen (ebd.).

Diese Krise zeigt daher umso mehr, so der FN, dass der Euro ein Instrument des Finanzsektors im „Dienste einer ultraliberalen Globalisierungsideologie“ (ebd.) darstellt, welche die Krise nun als formidable Gelegenheit nutzt, um ihre Ideen von der Auflösung der Nationen in einen europäischen Föderalismus durchzusetzen, in welchem Günstlingswirtschaft grassiert und nicht gewählte Technokraten „über das Schicksal der Völker entscheiden“ (ebd.). Denn entgegen der Vielzahl der Warnungen, welche der FN auch schon vor der Einführung des Euros artikuliert haben will, würde nun versucht, die Krise der Europäischen Integration mit einer Vertiefung derselben zu lösen (ebd.: 48).

Frankreich, so wird im dritten Abschnitt behauptet, sei der große Verlierer der Europäischen Integration, welcher durch die politischen Projekte im Zuge der Europäischen Integration vor allem nur Nachteile erlitten habe. So sei Frankreich neben Deutschland einer der größten Nettobeitragszahler der EU. Doch anders als Deutschland habe Frankreich nicht vom Binnenmarkt und dem Euro profitiert. Ganz im Gegenteil sei durch den Euro die Überbewertung des Franc zur D-Mark fixiert und institutionalisiert worden, wodurch Millionen von Arbeitsplätzen zerstört worden seien (ebd.). Dadurch sei Deutschland seit der Einführung des Euros das einzige Land, das seine Außenhandelsüberschüsse steigern konnte, während sich diese in Frankreich, wie auch in vielen anderen Ländern Europas, ins Negative verkehrt haben. Daher solle Frankreich mitsamt seiner europäischen Partner aus dem Euro aussteigen. Ebenso sei Frankreich durch den Vertrag von Schengen bestraft worden, da zum einen die jungen ausgebildeten Menschen abwanderten und zum anderen die sozialen Sicherungssysteme von Nichtfranzosen geplündert würden (ebd.).

Darum fordert der FN die Neuverhandlung der europäischen Verträge und ein Ende des Euros. Vielmehr sollte ein Europa der Nationen geschaffen werden, das die „Volkssouveränität sowie die nationale Identität und Sprache respektiert und im Dienste der Menschen agiert“ (ebd.: 49). Dafür sei es notwendig, die französischen Grenzen wiederherzustellen und das Schengener Abkommen zu annullieren, dem nationalen Recht wieder Vorrang zu geben, sowie die Zahlun-

gen an die EU einzustellen. Vielmehr sollte an die Stelle des „eurokratischen Superstaates“ (ebd.) die Zusammenarbeit der Staaten auf zwischenstaatlicher Ebene treten.

Die Wahlkampfstrategie der FN im Europawahlkampf 2014

Im Parteiprogramm des FN zur EU finden sich viele Analysen, die Marine Le Pen bereits in ihrem Buch ausführte (Le Pen 2012). Daher ist es nicht verwunderlich, dass auch das Parteiprogramm in der Analyse auf bestimmte linke Ideen zurückgreift (Kritik am Demokratiedefizit der EU, Rolle der EZB, Disfunktionalität des Euro). In der Übernahme eben dieser Themen mit Bezug auf Europa offenbart sich auch die Strategie des FN, mit der Besetzung von linken Argumentationsmustern um potenzielle WählerInnen aus dem linken Parteienspektrum zu werben.

Darüber hinaus wird mit drei weiteren Kritikpunkten versucht, in die wichtigen gesellschaftlichen Diskurse zu intervenieren. So wird die EU als Hauptgrund für den Niedergang Frankreichs, die starke Einwanderung, den Verlust der französischen Identität sowie die wirtschaftliche Unsicherheit gesehen. Durch den Euro und den europäischen Binnenmarkt soll der wirtschaftliche Niedergang Frankreichs eingeleitet worden sein, während durch das Schengenabkommen die Einwanderung massiv zugenommen haben soll. Ebenso würde die französische Souveränität und Identität durch den eurokratischen Superstaat bedroht, der nicht nur alle Kompetenzen an sich reißt, sondern auch die Grenzen, bspw. durch die mögliche Aufnahme der Türkei, immer mehr verschiebt.

Der FN konstruiert dabei wiederum eine Äquivalenzkette, in der die EU vor allem durch „Öffnung der Grenzen, Entwurzelung, Arbeitslosigkeit, Marktdiktatur, Zerstörung öffentlicher Dienstleistungen, Prekarität, Armut, Masseneinwanderung, Bürokratie, undefinierte Grenzen, Globalisierung“ (Front National 2014b: 47) charakterisiert wird. Damit zielt der FN vor allem auf die Ängste der Franzosen vor Arbeitslosigkeit (56%), Migration (21%), Unsicherheit (23%), sozialer Ungleichheit (21%) sowie Abbau öffentlicher Dienstleistungen (zusammen 37%) und verknüpft diese geschickt mit der Europäischen Union als Bedrohung für die französische Gesellschaft und ihre Identität (IPSOS 2014b: 6).

Die vom FN angebotenen Lösungen bewegen sich in einem rechten Rahmen. Der Nationalstaat und die nationale Gemeinschaft mit ihrer Solidarität und Identität werden als Gegenbild zur „ultraliberalen Globalisierungsidee“ der Europäischen Union gezeichnet. Das „Europa der Nationen“, welches der FN als Alternative zur EU vorschlägt, ist ganz im Sinne seiner ethnopluralistischen und damit neorassistischen Weltanschauung einer ethnisch parzellierten Welt. Durch den Austritt aus dem Schengenraum und die Wiederherstellung der Grenzen soll auch die

legale Einwanderung gestoppt werden. Interessant hierbei ist jedoch, dass der FN europäische Projekte wie „Ariane ou Airbus“ (Front National 2014b: 49) trotz einer angestrebten Auflösung der EU erhalten möchte. Auch diese Forderung scheint wahltaktisch ausgerichtet zu sein, haben die europäischen Firmen Airbus (Toulouse) ebenso wie Arianespace (Evry) doch ihren Hauptsitz in Frankreich, wodurch eine große Anzahl an französischen Arbeitsplätzen an diesen gesamt-europäischen Projekten hängt. Ähnlich bemerkenswert ist die explizite Kritik an der GAP, welche die französische Landwirtschaft an den Rand des Ruins geführt haben soll. Die GAP und die europäischen Agrarsubventionen werden in Frankreich traditionell von den europafreundlichen Konservativen und den Sozialisten als Argument dafür angeführt, weshalb Europa Frankreich nützt. Daher ist diese explizite Erwähnung im Europateil des Parteiprogrammes zum einen ein direkter Angriff auf die Meinung der europafreundlichen Großparteien und zum anderen ein wahltaktisches Manöver, da die Bauern in Frankreich in den letzten Jahren immer wieder gegen die zu niedrigen Lebensmittelpreise und die steigenden EU-Anforderungen an Tierschutz und Agrarproduktion protestierten.

Insgesamt wird die EU-Thematik auf die nationale Ebene herunter gebrochen und für die „Probleme“ Frankreichs verantwortlich gemacht. Dabei spielt die EU eine ähnliche Rolle wie die Migration, die den nationalen Zusammenhang zerstören würde. Teilweise werden marxistische und keynesianistische Krisenanalysen aufgegriffen und in ihren Schlussfolgerungen in den nationalistischen und rassistischen Diskurs des FN implementiert. Der Ausstieg aus dem Euro und das Ende der EU führen für den FN direkt in einen national-ethnischen Protektionismus, in dem die „priorité nationale“ die Vergabe von Arbeitsplätzen, staatlichen Leistungen und Wohnungen regelt (ebd.: 13f).

Im Wahlkampf stellte der FN dann auch die EU als Gegenbild zur französischen Nation da: „Für die EU zu sein, heißt gegen Frankreich zu sein“ sagte Marine Le Pen zum Start ihrer Europawahlkampagne (Le Pen 2014). Vielmehr würden die Europa-Abgeordneten des FN nach ihrer Wahl daran arbeiten, die EU am Weiterkommen zu hindern und versuchen Verordnungen zu verhindern, die der französischen Wirtschaft schaden könnten. Damit positionierte sich der FN klar gegen die beiden großen Parteien UMP und PS, welche in ihren Programmen und im Wahlkampf betonten, dass Frankreich nur durch die EU stark sein könne. Deren proeuropäische Positionierung nahm der FN im Wahlkampf auf, um die Parteien als zwei Seiten einer Medaille darzustellen. So spricht Marine Le Pen im Wahlspot des FN von den beiden großen Parteien nur als „UMPS“, welche mit ihrer Politik der letzten zwanzig Jahren die europäische Integration vorangetrieben, dem Vertrag von Schengen und damit der „Masseneinwanderung“ zugestimmt und auch die Austeritätspolitik der EU befürwortet haben (Front

National 2014a). Die beiden Parteien seien damit ganz wesentlich verantwortlich für die Lage der französischen Nation und der EU (ebd.).

Gerade am Beispiel EU wird deutlich, wie der FN seine Strategie der Selbstbezeichnung als „Nicht links – nicht rechts“ verfolgt. Durch die Logik der Differenz wird ein diskursiver Antagonismus zwischen der EU und der französischen Nation eröffnet. Dabei werden die anderen Parteien auf der Seite der EU-Befürworter verortet und mit der negativen Äquivalenzkette zum leeren Signifikanten „EU“ verbunden, während sich der FN als Verteidiger der französischen Nation und der damit verknüpften positiven Äquivalenzkette präsentiert. Indem die UMP wie die PS, aber auch der Front de Gauche als proeuropäische Parteien identifiziert werden, löst sich zum einen das stark in der Gesellschaft verwurzelte Bild des Antagonismus von links und rechts auf, zum anderen schafft es der FN dadurch, sein rechtsradikales Image abzustreifen, da es diese Einteilung so nun nicht mehr geben kann.

Um diesen Antagonismus im öffentlichen Diskurs deutlich zu machen, wurde vom FN das Thema Euroausstieg und Rückkehr zum Franc als eines der Hauptthemen gesetzt. Mit dieser Forderung konnte er zum einen die Einschränkungen Frankreichs in Bezug auf die Geldpolitik thematisieren und sich zum anderen scharf von den anderen Parteien abgrenzen. Denn während es bei der UMP und dem PS ebenfalls zum Teil starke Kritik an der EU gab, wäre ein Austritt aus dem Euro oder gar aus der EU für diese Parteien undenkbar gewesen. Dies zeigte sich etwa, als Le Pen im Vorfeld der Europawahlen ein Referendum zum Ausstieg aus der EU ankündigte. In der daraufhin folgenden öffentlichen Diskussion meldeten sich eine Vielzahl an Funktionsträgern und Akteuren ganz unterschiedlicher Parteien und Organisationen, um die Relevanz des Euros für Frankreich zu betonen und vor potenziellen ökonomischen Folgen zu warnen. Je mehr sich die Parteien und Organisationen jedoch zur EU bekannten, umso mehr konnte sich der FN als einzige Alternative zum herrschenden proeuropäischen politischen System darstellen.

Diese Strategie ist aufgegangen und der Erfolg des FN liegt vor allem darin begründet, den größeren Teil der gesellschaftlichen Rechten für sich mobilisiert und der UMP sowie der Zentrumsparterie Union des démocrates et indépendants (UDI) Stimmen abgenommen zu haben. So gingen mit Abstand deutlich mehr AnhängerInnen der UMP und der UDI zur Wahl als solche des FN. Ihr Kreuz machten sie jedoch beim FN, auch deshalb, weil dieser es geschafft hatte, sich als einzige anti-europäische Partei darzustellen. So gaben 92 Prozent der FN-WählerInnen an, dass die Entscheidungsbefugnisse wieder vermehrt auf die nationale Ebene verlagert werden müssten. Ebenfalls halten 58 Prozent der FN-WählerInnen die Mitgliedschaft Frankreichs in der EU für eine schlechte Entscheidung und 83 Prozent von ihnen stimmten der Aussage zu, dass die

Mitgliedschaft in der EU die Auswirkungen der Krise in Frankreich verschärfen würde (IPSOS 2014a). Ein Großteil der WählerInnen wählt den FN aufgrund ihrer Positionierung gegen die EU und sieht somit auch im FN-Programm eine ernstzunehmende Alternative in der Europapolitik.

Fazit

Der Front National hat sich in den letzten Jahren als dritte Kraft im politischen System Frankreichs etabliert. Dies kann jedoch nicht nur auf die Übernahme des Parteivorsitzes durch Marine Le Pen zurückgeführt werden, sondern findet seine Ursachen auch in der Veränderungen der politischen, ökonomischen und kulturellen Kontextbedingungen. Wie dargestellt, haben sich diese massiv verändert und ehemals rechts konnotierte Meinungen werden nun von einem Großteil der Bevölkerung geteilt. Man kann also konstatieren, dass es zu einer Veränderung des öffentlichen Diskurses in Frankreich und zu einer Re-Konfiguration von spezifischen Äquivalenzketten gekommen ist. Gerade mit Blick auf die Themenfelder Islamfeindlichkeit und EU kam es in Frankreich in den letzten Jahren zu einer massiven Diskursverschiebung nach rechts. Spätestens seit den Präsidentschaftswahlen von 2012, wenn nicht schon mit den Präsidentschaftswahlen von 2007, haben sich viele Thesen des FN in der Mitte der Gesellschaft etabliert und wurden von den anderen Parteien, allen voran der konservativen UMP², übernommen (Mondon 2012). Viel mehr noch hat sich die UMP vom FN treiben lassen und bestimmte Positionen und Problematisierungen des FN im öffentlichen Diskurs thematisiert, popularisiert und damit auch legitimiert. Als Marine Le Pen am Wahlabend 2007 und nach einer der größten Niederlagen des FN über den Sieg der eigenen Ideen sprach, spielte sie genau auf diese Übernahme von Positionen durch den konservativen Kandidaten Sarkozy an, welche den öffentlichen Diskurs in Frankreich bis heute prägen sollten. Dass heute die französische Gesellschaft die Themen Migration, EU und Islam als die größten Bedrohungen für die französische Identität wahrnimmt, und dass 31 Prozent der WählerInnen die Migration als Hauptbeweggrund für ihre Wahlentscheidung nennen, ist der zweifelhafte „Verdienst“ der Diskursinterventionen des FN in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Mit hinzu kommt eine Krise des ökonomischen und politischen Systems in Frankreich, welche sich vor allem in unsicheren Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie einem starken Misstrauen gegenüber politischen Amts- und Funktionsträgern äußert. Der Diskurs über die

2 Die UMP nannte sich im Frühjahr 2015 in die Partei Le Républicain um.

französische Identität, vor allem über das Vehikel der rassistischen Ausgrenzung des Islams und der Roma sowie in Teilen auch der Homosexuellen, kann somit als Ausdruck einer tief greifenden Hegemoniekrise (Gramsci 1929-35: 553; 1577f) verstanden werden.

Durch die Veränderungen in der Außenwirkung ist es dem Front National gelungen, stärker in öffentliche Diskurse zu intervenieren und diese teilweise zu dominieren, sowie Themen zu setzen und – wie beim Beispiel Halal-Fleisch – zu skandalisieren. Gleichzeitig konnte mit der Entdämonisierungsstrategie von Marine Le Pen das Image einer rechtsradikalen und antisemitischen Partei in der Öffentlichkeit größtenteils abgestreift werden. Durch die richtige Terminologie wurden nicht nur bestimmte Themen wie die Ablehnung der Migration salonfähig, sondern auch der FN selbst. Dass 52 Prozent der Franzosen heute den FN für eine normale und nicht für eine rechtsextreme Partei halten, liegt vor allem an der Diskursstrategie von Marine Le Pen sowie an ihrem öffentlichkeitswirksamen Vorgehen gegen offen faschistische und antisemitische Äußerungen von Parteimitgliedern des FN bis hin zu angestrebten Parteiausschlussverfahren gegen ihren Vater. Vor allem durch die Besetzung von zuvor „unverdächtigen“ Begriffen wie „Laizität“ und die Verknüpfung mit rassistischen und islamfeindlichen Inhalten sowie die Übernahme von zum Teil linken Positionen mitsamt der Einbettung in die eigene Programmatik konnte sich der FN in den letzten Jahren stark im öffentlichen politischen Diskurs etablieren. Dadurch ist es ihm heute möglich, auch andere und größere Wählerschichten anzusprechen. Der symbolische Bruch mit dem Antisemitismus wie auch die wirtschaftspolitische Wende hin zum ethnisch-nationalen Protektionismus haben den FN für viele Franzosen wählbar gemacht.

Diese Diskursstrategie wird ebenfalls noch durch die Neuordnung des Parteiapparates gestützt. Mit der Wahl Marine Le Pens zur Parteivorsitzenden kam es zu einer radikalen Verjüngung des Apparates, sodass heute sämtliche Spitzenpositionen der Partei von jungen Leuten besetzt sind, welche selbst aus dem FN und nicht mehr aus rechtsradikalen Gruppierungen kommen. Auch der Wechsel an der Spitze scheint einen weiteren Beitrag zur Erneuerung seines Bildes in der Öffentlichkeit geführt zu haben. Während Jean-Marie Le Pen nach seiner Leugnung des Holocausts hauptsächlich als ein „enfant terrible“ der französischen Politik galt, dessen FN nicht mehr als eine Protestpartei war, wird er nunmehr unter Marine Le Pen von den französischen WählerInnen als ernstzunehmende Alternative zu den beiden großen etablierten Parteien UMP und PS gesehen, deren Wählerpotenzial in den letzten Jahren weit über den Bereich der „ProtestwählerInnen“ hinausgeht. Vielmehr scheint sich mit Blick auf die Europawahlen eine stark mobilisierungsfähige Kernwählerschaft des FN herausgebildet zu haben (IPSOS 2014a: 6).

Es wird daher entscheidend sein, wie sich die politische Situation in Frankreich weiter entwickelt, vor allem vor dem Hintergrund der tiefgreifenden Hegemoniekrise des französischen Systems. Viel wird dabei davon abhängen, inwiefern die angekündigten Reformen ökonomisch greifen und sozial abgefedert werden können, was derzeit jedoch beides bezweifelt werden dürfte. Sollte keine Lösung für die politische und ökonomische Krise gefunden werden, dann muss mit einer weiteren Etablierung des Front National im politischen System gerechnet werden.

Literatur

- Attali, Jacques (2008): Rapport de la Commission pour la libération de la croissance française, Paris.
- Barthélemy, Martine/Michelat, Guy (2007): Dimensions de la laïcité dans la France d'aujourd'hui. In: *Revue française de science politique* 57(5): 649.
- Berrebi-Hoffmann, Isabelle/Jany-Catrice, Florence/Lallement, Michel/Ribault, Thierry (2009): Capitalizing on Variety: Risks and Opportunities in a New French Social Model. In: Bosch, Gerhard/Lehndorff, Steffen/Rubery, Jill (Hg.), *European employment models in flux. A comparison of institutional change in nine European countries*, Basingstoke: 178-200.
- CSA (2009): *Les Français et l'identité nationale*. Octobre 2009, Paris.
- DARES (2014): Hausse soutenue du taux d'entrée en CDD dans les mouvements de main-d'œuvre au 2e trimestre 2014. DARES indicateurs, Nr. 088, Novembre 2014, Paris.
- Dupin, Eric (2012): Die rote Marine Le Pen. Die Präsidentschaftskandidatin des Front National zitiert linke Klassiker. In: *Le Monde diplomatique*, Nr. 9776 vom 13.4.2012.
- Europäische Kommission (2014): Standard Eurobarometer 81. Befragung, Juni 2014, Brüssel.
- Endeweld, Marc (2015): Le choc Le Pen. Sondage exclusif ifop-marianne présidentielle 2017. In: *Marianne*, Nr. 928 vom 30. 1.2015: 10-12.
- eurostat (2015): Wachstumsrate des realen BIP – Volumen, Brüssel.
- (2014): Unemployment rate by sex and age groups – monthly average, August, Brüssel.
- Fourquet, Jérôme/Philippot, Damien (2011): 2007-2012 : le retour du Front National. In: *Revue Politique et Parlementaire* 113(1059) : 47-64.
- Front National (2014a): *Européennes 2014 – Clip de Campagne*.
- (2014b): *Notre Projet – Programme Politique du Front National*, Paris.
- Gallois, Louis (2012): *Pacte pour la compétitivité de l'industrie française*. Rapport au Premier ministre, 5.11.2012, Paris.
- Gauthier, Elisabeth (2012): Der extremen Rechten entgegentreten. In: *Forschungsgruppe Europäische Integration* (Hg.), *Rechtspopulismus in der Europäischen Union*, Hamburg: 150-167.
- Gnade, Simona (2012): *Integration: Zwischen Populismus und Enthaltung. Präsidentschaftswahlkampf 2012 in Frankreich*, Berlin.
- Godin, Emmanuel (2013): The Porosity between the Mainstream Right and Extreme Right in France: Les Droites Décomplexées under Nicolas Sarkozy and Marine Le Pen's Leadership. In: *Journal of Contemporary European Studies* 21(1): 53-67.
- Gramsci, Antonio (1929-35): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, Hamburg 2012.
- Grunberg, Gérard (2014): *Frankreich in der Krise*. In: *Frankreich Jahrbuch 2013*, Wiesbaden: 69-80.
- Heinrich, Mathis/Jessop, Bob (2013): Die EU-Krise aus Sicht der Kulturellen Politischen Ökonomie. Krisendeutungen und ihre Umsetzung. In: *Das Argument* 55(1/2): 19-33.
- IFOP (2012): *L'image de l'Islam en France. Résultats détaillés*, Paris.

- IPSOS (2014a): Elections européennes 2014. Comprendre le vite des Francais, Paris.
- (2014b): Fractures Françaises Vague 2, Paris.
- (2014c): Le Barometre de l’action politique Juliette 2014, 15.07.2014, Paris.
- (2015): Fractures Françaises Vague 3, Paris
- Jany-Catrice, Florence/Lallement, Michel (2013): Frankreich unter dem Druck der Krise. Die Verschärfung der sozialen Ungleichheit. In: Lehndorf, Steffen (Hrsg.), Europa vor einem verlorenen Jahrzehnt? Hamburg: 160-174.
- Kannankulam, John/Mohan, Robin (2009): Staat, Nation und Hegemonie. In: Projektgruppe Nationalismuskritik (Hg.), Irrsinn der Normalität. Aspekte der Reartikulation des deutschen Nationalismus, Münster: 41-60.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2006): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien.
- Le Figaro (2015): FN: un parti comme les autres selon un sondage. Erschienen am 30.01.2015, URL: lefigaro.fr/flash-actu/2015/01/30/97001-20150130FILWWW00371-fn-un-parti-comme-les-autres-selon-un-sondage.php, Zugriff: 4.8.2015.
- Le Pen, Marine (2012): Pour que vive la France, Paris.
- (2013): „Die NPD ist rechtsextrem, wir nicht!“. In: Cicero, Nr.6 : 76-77.
- (2014): Marine Le Pen lance la campagne des européennes en 22 avril 2014.
- Lux, Julia (2015): France in limbo: On the struggles over accumulation strategies in models of capitalism – The case of the pacte de responsabilité. In: French Politics 13(1): 84-102.
- Mayer, N. (2012): From Jean-Marie to Marine Le Pen: Electoral Change on the Far Right. In: Parliamentary Affairs 66(1): 160-178.
- Merlant, Philipp (2007): Identité nationale : la carte biaisée. In: La Vie, Nr. 3249 : 36-41.
- Mestre, Abel (2012): Près d’un tiers des Français sont d’accord avec les idées du FN. In: Le Monde: 10.
- Mondon, Aurelien (2012): Nicolas Sarkozy’s legitimization of the Front National: background and perspectives. In: Patterns of Prejudice 47(1): 22-40.
- Mondon, Aurelien (2014): The Front National in the Twenty-First Century: From Pariah to Republican Democratic Contender? In: Modern & Contemporary France 22(3) : 301-320.
- Paranque, Bernard (2014): Comment comprendre le Front National? In: Les Echos. URL: lesechos.fr/idees-debats/cercle/cercle-119697-comment-comprendre-le-front-national-1072754.php, Zugriff: 4.8.2015.
- Ponceau, Juliette/Houdré, Cédric (2014): Les revenus et le patrimoine des ménages. Édition 2014, Paris.
- Poulantzas, Nicos (1974): Les classes sociales dans le capitalisme d’aujourd’hui, Paris.
- (1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie, Hamburg.
- Sarkozy, Nicolas (2007): Discours à Caen. URL: sites.univ-provence.fr/veronis/Discours2007/transcript.php?n=Sarkozy&p=2007-03-09, Zugriff: 20.8.2014.
- (2012): Lettre de Nicolas Sarkozy au peuple francais.
- Schild, Joachim (2013): Politische Führungsansprüche auf schwindender Machtbasis: Frankreichs Europapolitik unter François Hollande. In: integration, Heft 1: 3-17.
- Schmid, Bernhard (1998): Die Rechten in Frankreich. Von der Französischen Revolution zum Front National, Berlin.
- (2009): Die Neue Rechte in Frankreich, Münster.
- (2010): Rechte in der Offensive. „Islamdebatte“ in Frankreich, die x-te Neuauflage. In: ZAG – antirassistische Zeitschrift 20(56): 26-28.
- Schmidt, Vivien A. (2014): Speaking to the Markets or to the People? A Discursive Institutional Analysis of the EU’s Sovereign Debt Crisis. In: The British Journal of Politics & International Relations 16(1): 188-209.

- Syrovatka, Felix (2013): Mit Gramsci in Europa. Zur Hegemonietheorie von Antonio Gramsci. In: *arranca!* Zeitschrift für eine linke Strömung, Nr. 47: 54-57.
- Thiériot, Jean-Louis (2012): L'Allemagne est-elle devenue notre modèle? In: *Le Figaro* vom 9.2.2012: 14.
- Wall Street Journal (2012): Nicolas Le Pen. URL: online.wsj.com/news/articles/SB10001424052702304450004577277241473592360, Zugriff: 22.8.2014.
- ZEIT ONLINE (2014): Frankreich: Der kranke Mann Europas. URL zeit.de/wirtschaft/2014-01/frankreich-reformen-europa-hollande, Zugriff: 17.8.2014.
- Zizek, Slavoj (2011): Zeit der Monster. Ein Aufruf zur Radikalität. URL: monde-diplomatique.de/pm/2010/11/12.mondeText1.artikel,a0048.idx,14, Zugriff: 4.8.2015.

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

66

Finanzmacht – Geldpolitik

Griechenland und Währungsunion; Europäische Zentralbank; Crash der Finanzmärkte; Wechselkurs und Wirtschaftsstandort Schweiz; wirtschaftspolitische Wende; Erosion des Industriesektors; bürgerliche Hegemonie, Macht der Nationalbank; Geldtheorie: Monetarismus, Kreditgeld, Vollgeld

M. Madörin, E. Altvater, H.-J. Bieling, M. Heinrich,
F. Bsirske, K. Busch, D. Lampart, W. Vontobel,
C. Pardini, R. Rytz, P. Streckeisen, A. Sahr, P. Löpfle

Diskussion

G. Hischer: Rechtspopulismus und politisches Regime
L. Lanfranconi: Geschlecht und Wirtschaftsnutzen
S. Isler / A. Peter: Care-Arbeit – die Zukunftsfrage
S. Jaeggi / U. Mäder: Biografieforschung und Macht

192 Seiten, € 18.– (Abonnement € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch